Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. **Mittwoch, den 22. Februar 1882.** **Nr. 89.**

Deutschland.

** **Berlin**, 20. Februar. Die Wahrnehmung, daß von den Staatsbehörden nur selten Aufträge zu An- und Verkäufen von Effekten für den Staat, dessen Kassen und Institute an die Seehandlung gelangten, hatte bereits im Jahre 1855 dem Finanzminister Veranlassung gegeben, die Bestimmungen der allerhöchsten Kabinetsordre vom 17. Januar 1820, nach welchen jene Geschäfte durch die General-Direktion der Seehandlungs-Sozietät auf Requisition der betreffenden Behörden gegen Erstattung der üblichen Kosten besorgt werden sollen, den Provinzial-Regierungen in Erinnerung zu bringen. Nach einer Mittheilung der General-Direktion der Seehandlungs-Sozietät ist indessen noch jetzt die Zahl der Behörden und Einzelbeamten, welche bei den für Rechnung des Staates und von Instituten stattfindenden An- und Verkäufen von Effekten sich der Vermittlung der Seehandlung bedienen, nur eine verhältnißmäßig geringe, und es sind namentlich von den Regierungs- bezw. Bezirks-Hauptkassen nur in vereinzelten Fällen der Seehandlung einschlägige Aufträge zugegangen. In Folge dessen und da der Gegenstand auch von der königlichen Oberrechnungskammer bei Revision der Geschäftsbücher der Seehandlung in Anregung gebracht worden ist, hat der Finanzminister sich veranlaßt gesehen, die bezüglichen Vorschriften durch eine Verfügung vom 12. Februar cr. von Neuem zur Befolgung in Erinnerung zu bringen. Der Minister bemerkt dazu, daß die General-Direktion der Seehandlung den Provisionssatz für Effekten-An- und Verkäufe Behörden, Beamten, Instituten u. s. w. gegenüber künftig von $^1/_4$ Prozent auf $^1/_6$ Prozent ermäßigt hat und daß dabei nach wie vor in den Fällen, wo durch ihre Vermittlung Effekten verkauft und für den Erlös andere Effekten angekauft werden, die Provision nicht von dem Verkaufs- und Ankaufsbetrage, sondern nur von dem größeren dieser beiden Beträge, also nur einmal, jedoch mindestens mit 50 Pfennigen, in Rechnung gestellt wird. Außerdem bietet die Vermittlung der Seehandlung mancherlei Vortheile, welche auf anderem Wege nicht in gleichem Maße geboten werden. Während bei den durch Bankiers vermittelten An- und Verkäufen von Effekten grundsätzlich meist $^1/_2$ Prozent vom An- resp. Verkaufs-Kourswerthe an Kourtage berechnet werden, berechnet die Seehandlung diese Gebühr nur dann, wenn dieselbe von ihr selbst den Maklern hat gezahlt werden müssen. Die Kourtage kommt also nicht in Ansatz, wenn die Seehandlung die Geschäfte ohne Vermittlung eines Maklers hat ausführen können und das wird, da es sich bei den für Rechnung der Staatsbehörden auszuführenden Geschäften hauptsächlich um Staatspapiere, Pfand- und Rentenbriefe handelt, nicht selten der Fall sein. Endlich kann noch eine Ersparung der Portokosten erzielt werden. Die Regierungen sollen dafür Sorge tragen, daß die gedachten Bestimmungen fortan in den geeigneten Fällen überall und ausnahmslos Beachtung finden.

Berlin, 21. Februar. Ueber den Posener Sozialisten-Prozeß schreibt die „N.-Z.“:

In der vorigen Woche ist vor dem Landgericht zu Posen ein Sozialisten-Prozeß verhandelt worden, der gestern mit der Verurtheilung einer Anzahl Angeklagter zu Freiheitsstrafen von drei Jahren bis zu einem Monat geendet hat. Das Charakteristische in dem Treiben der Verurtheilten, wie die Gerichtsverhandlung es aufdeckte, war die Aehnlichkeit mit der Agitationsmethode der russischen Nihilisten, nicht der gewaltthätigen Richtung derselben, deren Unthaten die Welt in Schrecken gesetzt haben, sondern jener seltsamen Schwärmer, welche Turgenjew im „Neuland“ geschildert hat. Die drei Hauptangeklagten waren denn auch Angehörige des russischen Reiches, der eine aus Warschau, die beiden anderen aus Kiew. Zwei davon, der Student Mendelsohn und die mit einem russischen Gutsbesitzer verheirathete Frau v. Jankowska sind sehr wohlhabende Leute; trotzdem gehen sie, wie in dem Turgenjew'schen Roman der technische Ausdruck lautet, „in das Volk“, um den Sozialismus zu predigen; auch darin tritt die Aehnlichkeit mit den in jenem Werke geschilderten Zuständen hervor, daß eine Frau, für welche ihr Gatte nicht zu existiren scheint — bei der Gerichtsverhandlung war er aber als Zuhörer anwesend — in Gemeinschaft mit einem anderen Manne die sozialistische Agitation als Lebensberuf betreibt.

Das Posener Landgericht hat die Angeklagten nicht gefährlicher Umsturzversuche, sondern — abgesehen von einem Falle von Majestätsbeleidigung — nur der Bildung von Vereinigungen, welche vor der Polizei geheim gehalten wurden, der Verbreitung verbotener Schriften und dergleichen schuldig gefunden und danach verurtheilt. So weit es sich nach der Verhandlung übersehen läßt, hatten sie auch nur sehr geringen Anklang mit ihren Agitationsversuchen gefunden. Die Provinz Posen ist für die deutsche Sozialdemokratie bisher ein sehr unergiebiges Feld gewesen; der industrielle Betrieb ist dort bis jetzt zu geringfügig, als daß die Voraussetzungen der deutschen sozialdemokratischen Agitation vorhanden sein könnten. Die russischen Nihilisten haben es allerdings ebenso auf die Masse der ländlichen Bevölkerung abgesehen, wie auf die industriellen Arbeiter, und insofern konnte Agitatoren, welche mit ihren Anschauungen im russischen Nihilismus wurzeln, der Versuch einer Uebertragung der Bewegung nach der Provinz Posen näher liegen als deutschen Sozialdemokraten; aber sie hatten nicht mit der Herrschaft gerechnet, welche die katholische Geistlichkeit über die unteren Klassen der polnischen Bevölkerung ausübt. Die von klerikaler Seite oft gehörte Versicherung, daß der geistliche Einfluß, wo er besteht, die Ausbreitung sozialistischer Lehren verhindere, ist freilich nicht uneingeschränkt richtig; mancher politisirende Kaplan steht in seinen wirthschaftlichen Anschauungen dem Sozialismus nicht fern. Aber die Herrschaft der Geistlichkeit schließt die der nichtgeistlichen Agitatoren aus, und wie eifersüchtig die erstere über ihrem Herrschafts-Privileg wacht, dafür ist es bezeichnend, daß das Treiben der eben Verurtheilten zuerst in einem polnisch-klerikalen Blatte denunzirt wurde. Immerhin bleibt es beachtenswerth, daß der Versuch konstatirt ist, eine polnische Abart des neueren Sozialismus ins Leben zu rufen; man hat es darin vielleicht mit einem Rückschlag des vollständigen Triumphes zu thun, den seit einer Reihe von Jahren die klerikale Richtung im Polenthum über die früher mächtige radikale errungen hat, mit einem Versuch der letzteren, sich wieder Geltung zu verschaffen.

— Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ schreibt offiziös:

Die Presse hat den Pronunziamentos des Generals Skobelew eine Aufmerksamkeit zugewandt, welche über die politische Tragweite dieser oratorischen Leistungen weit hinausgeht. Die Privatansichten tapferer Feldsoldaten über europäische Politik interessiren uns ebenso wenig wie die Ansichten geschickter Diplomaten über Satteln und Packen der Kavallerie oder über Kaliber und Patronenhülsen.

Der General Skobelew ist ein tapferer Haudegen und hat diese Eigenschaft an der Spitze einer Truppe, in welcher jeder Soldat ebenso tapfer wie sein General war, bethätigen können. Das ist aber kein Grund, um seinen politischen Ansichten mehr Gewicht beizulegen, als denen jedes anderen tapferen Offiziers. Der politische Inhalt seiner Reden ist deshalb für uns kein Gegenstand publizistischer Behandlung. Was dagegen die militärische Seite derselben und ihre symptomatische Bedeutung für die Zustände der russischen Armee betrifft, so wollen wir diese erst besprechen, wenn uns das Urtheil russischer bürgerlicher und militärischer Kreise über das Verhalten des Generals und über die Tragweite und die Adresse seines Pronunziamento bekannt sein wird.

— Die kaum eröffnete Session des englischen Parlaments läßt nach den vorhandenen Anzeichen auf einen sehr stürmischen Verlauf schließen. Gleich am ersten Sitzungstage erlitt die Regierung eine Niederlage in der Bradlaugh-Angelegenheit. Der stürmische Eifer, mit welchem Gladstone die Aenderung der Geschäftsordnung des Unterhauses betreibt, erregt auf allen Seiten des Hauses Verdacht und Mißstimmung. Bekanntlich handelt es sich um die Verhütung der in den letzten Jahren von der irischen Opposition so rücksichtslos zur Anwendung gebrachten Obstruktion. Der Premier glaubt dieses Ziel am besten durch die Einführung der „Cloture“ zu erreichen. Er hat dementsprechend einen Gesetzentwurf mit einer langen Reihe von Paragraphen vorgelegt, an denen die Kritik nicht nur den Inhalt, sondern auch das schlechte Englisch, in dem er abgefaßt ist, zu tadeln hat. Den Kernpunkt der Frage bildet die Art, wie der Schluß der Debatte herbeigeführt werden soll. Der Regierungsentwurf verleiht dem Sprecher das Recht, nach seinem Ermessen den Schluß zu beantragen, der für angenommen gelten soll, wenn zweihundert Stimmen dafür und nicht mehr als vierzig Stimmen dagegen sind. In diesem Vorschlage sehen nicht nur die Konservativen und Irländer den Versuch einer Vergewaltigung der Minorität, auch eine nicht geringe Anzahl von Liberalen fürchten, daß diese Bill zu einer Schmälerung der Redefreiheit führen könnte. Die Agitation gegen die Annahme der Gladstoneschen Vorschläge nahm im Laufe der vergangenen Woche einen solchen Charakter an, daß Viele den nahen Sturz des liberalen Kabinets prognostizirten. Gladstone, so hieß es, sei entschlossen, für den Fall einer Ablehnung der Cloturebill das Parlament aufzulösen und die Neuwahlen würden bei der gegenwärtigen Stimmung der Nation zu seinen Ungunsten ausfallen. Inzwischen hat sich die Situation insofern geklärt, daß der Premier seinen ersten Vorschlag modifizirt hat und damit wenigstens den liberalen Gegnern der Bill einen Schritt entgegengekommen ist. Wie er vorher angekündigt, beantragte Gladstone im Verlaufe der gestrigen Sitzung, die Debatte über die Reform der Geschäftsordnung zu eröffnen. Die Opposition protestirte dagegen in so lebhafter Weise, daß es, dem Referate der „C. T. C.“ zufolge, zu stürmischen Szenen kam. Gladstone hatte nämlich vorher angezeigt, daß er am nächsten Montag eine Resolution einbringen werde, dahingehend, daß eine parlamentarische Untersuchung (welche von der anderen Seite beantragt worden) hinsichtlich der Wirkung der irischen Landakte im gegenwärtigen Augenblicke nur dazu dienen könnte, die Landakte zu behindern und daß solche Untersuchung der guten Verwaltung Irlands nachtheilig sein müsse. Die oppositionellen Redner werfen der Regierung nun vor, daß sie die früher von ihr als dringend bezeichnete Geschäftsordnungsangelegenheit durch eine andere Debatte unterbrechen wolle. Gladstone weigerte sich jetzt die Gründe anzugeben für den auf Montag angekündigten Antrag; derselbe sei aber für die Regierung Irlands von großer Bedeutung. Schließlich wurde des Premiers Antrag angenommen. Gladstone beantragt hierauf die erste Resolution, durch welche der Debattenschluß eingeführt wird, mit der Modifikation, daß, wenn weniger als 40 dagegen stimmen, mindestens 100 dafür stimmen müssen, damit der Schlußantrag zum Beschlusse erhoben wird. Northcote erkennt die Nothwendigkeit an, die Obstruktion zu begrenzen, kann aber dem Prinzipe der „Cloture“ nicht zustimmen. In einem eingebrachten Amendement wird der Debattenschluß durch die Majorität für unzulässig erklärt. Die weitere Berathung wurde vertagt.

— Die Fortschrittspartei schlägt vor, im neuen Finanzjahr die zu Steuererlässen verfügbaren 6 Millionen zu einer Ermäßigung der Gebäudesteuer von 4 auf 3 Proz. zu verwenden.

— Der Reichstag hatte in der letzten Session anläßlich der Verhaftung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dietz in Stuttgart einen Antrag angenommen, in welchem vier Punkte dem Reichskanzler zur Berücksichtigung anempfohlen wurden. Die ersten zwei Punkte betrafen die Entlassung des Abgeordneten Dietz aus der Haft; nach dem dritten sollten dem Reichstage nähere Mittheilungen über die Gründe der Verhaftung des Abgeordneten Dietz gemacht werden, und im vierten Punkte wurde der Reichskanzler ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß bei jeder Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten sofort dem Reichstage Mittheilung zu machen sei. Der Bundesrath beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit diesem Antrage und beschloß, wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, die ersten beiden Punkte durch die erfolgte Entlassung des Abgeordneten Dietz aus der Haft für erledigt zu erklären, der dritte Punkt, dem Reichstage nähere Mittheilungen zu machen, wurde abgelehnt, dagegen der vierte Punkt vom Bundesrathe angenommen.

— Beim Etat des Ministeriums des Innern wird der Abg. Rickert, wahrscheinlich schon heute, die Affaire Bennigsen-Förder-Berling im Abgeordnetenhause zur Sprache bringen.

Ausland.

Paris 20. Februar. Die deutsche Regierung hat eine Note an das russische Kabinet gerichtet, worin sie Erklärungen über die Rede des Generals Skobelew verlangt. Ueber die Antwort des Petersburger Kabinets verlautet noch nichts, doch wird, wie man hört, Skobelews Kundgebung in den hohen russischen Diplomatenkreisen mißbilligt und Skobelews Auftreten überhaupt als sehr bedauerlich bezeichnet.

Die „Agence Havas“ meldet aus Bukarest, Fürst Bismarck habe den Mächten den Gegenstand der Mission Nizamis nach Berlin vertraulich mitgetheilt, und dies habe auf den Sultan einen peinlichen Eindruck gemacht. Diese Nachricht, deren Ursprung weder in Bukarest noch in den Bureaus von „Havas“ zu suchen, ist eine böswillige Erfindung, welche bezweckt, Mißtrauen unter zwei Mächten, die sich seit einiger Zeit genähert haben, zu verbreiten, und sie ist nicht blos falsch, sondern auch recht ungeschickt erfunden, denn Nizam hat niemals bestimmt formulirte Vorschläge in Berlin gemacht.

Paris, 20. Februar. Trotzdem die französische Regierung die Forderungen Englands als übertriebene betrachtet und weitere Konzessionen ablehnt, somit die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag ernstesten Schwierigkeiten begegnen, so wird dennoch die Hoffnung nicht ganz aufgegeben, eine Verständigung auf Grund gegenseitigen vertragemäßigen Zugeständnisses handelspolitischer Behandlung nach der Klausel der meistbegünstigten Nation herbeizuführen. Frankreich ist hiermit einverstanden, die Entscheidung Englands steht noch aus.

Petersburg 19. Februar. In der am 17. d. M. stattgehabten Sitzung der hiesigen geographischen Gesellschaft wurde beschlossen, eine Polarexpedition auszurüsten, welche unter Führung des Lieutenant Andrejeff nach Nowaja Semlja unternommen werden soll.

London, 20. Februar. Aus St. Petersburg melden Londoner Blätter, daß sechs russische Offiziere nach der Herzegowina abgereist wären und neun weitere folgen würden. Sämmtliche Offiziere hätten einen elfmonatlichen Urlaub.

Nach einer Meldung des Reuter'schen Bureaus aus Konstantinopel sandte der Sultan Hobart Pascha an Bord des „Falcon“, um den Kapitän Selby seiner Theilnahme zu versichern. Der Zustand Selbys ist noch immer ein ernster.

London, 20. Februar. Trotz mehrfacher Darstellung und Dementis von Skobeleffs Ansprache sind folgende Details aus dessen Unterredung mit einem Korrespondenten der „Daily News“ von gestern Nachmittag neu und interessant. Der Korrespondent erklärt ausdrücklich, daß Skobeleff die nachstehenden Bemerkungen durchlas und deren Richtigkeit bestätigte.

Skobeleff sagte: Ich beabsichtige nicht, einen Sturm zu erregen, sondern denselben abzuwenden, und dies kann nur durch eine freimüthige Sprache geschehen. Wenn ich sage, daß eine unangenehme Thatsache existirt, so bin ich für deren Existenz nicht verantwortlich, diese Thatsache ist die Unvermeidlichkeit eines großen Krieges, wenn die Oesterreicher mit der Unterdrückung der Slaven in Bosnien und der Herzegowina fortfahren. Ich hasse den Krieg, auf meine Ehre und Gewissen! Ich verabscheue den Krieg, denn 21,000 Mann fielen unter meinem Kommando in einem Feldzuge, und ich verwirklichte alles Entsetzliche, Grausame und Hassenswerthe des militärischen Berufes. Mein Zweck ist daher, durch die Wahrheit jene Resultate zu erlangen, welche meine Landsleute durch einen Krieg erzielen zu können glauben, und für deren Erlangung sie einen Krieg beginnen werden. Wenn die Diplomaten vor Thatsachen ihre Augen verschließen wollen, dann kann durch eine sogenannte diplomatische Diskretion nichts gewonnen werden. Die zwei größten Meister der Diplomatie waren Cromwell und Bismarck, und diese sprachen immer mit der Offenheit praktischer Männer, welche wußten, was sie wollten, und verstanden, wie sie es erlangen konnten.

Und was wünscht Rußland? fragte der Korrespondent.

Skobeleff antwortete: Nichts für sich selbst! wir sind ein Volk von Idealisten, wir sind eines großen Enthusiasmus fähig und lieben selbst die Aufopferung. Allein wir sehen unsere Brüder von Oesterreich tyrannisirt, welches sein erstes Auftreten in Bosnien zum künftigen Beherrscher aller Slaven auf der Balkanhalbinsel umwandeln will. Oesterreich erhielt nur die Pflegeschaft der beiden slavischen Provinzen, welche es jetzt tyrannisiren will. Es hat kein Recht der Militäraushebung dort, noch

ein Recht der Einmischung in die Religion des Volkes. Oesterreich etablirte daselbst eine klerikale Propaganda, indem es die aus Frankreich vertriebenen Jesuiten mit offenen Armen aufnahm. Es verkleidete dieselben als griechische Popen, welche den Bauern ihre Religion entfremden sollen. Nichts sei sicherer, als daß ganz Rußland sich vereinigen würde zur Bekämpfung eines militärischen Klerikalismus der Oesterreicher in jenen Provinzen Rußlands (!!). Das Motto daselbst würde auch „Hände fort" lauten. Rußland willigte in den Berliner Frieden, obgleich es denselben nicht gut finde, allein derselbe muß die Slaven südlich der Donau vor Bedrückung schützen. Von Mahomed befreit zu sein, um vom heiligen römischen Reich unterdrückt zu werden, sei unerträglich. Die Slaven würden dies nicht dulden, und dieser Entschluß sollte den Diplomaten bekannt gegeben werden, welche innere Wahrheit ignoriren wollen, damit ein Krieg abgewendet werde.

Skobeleff erklärte hierauf, er besitze keine Mission von irgend Jemanden, er kam aus eigenem Antriebe, um die Stimmung des Westens gegen das klerikale Oesterreich aufzureizen und um Mißverständnisse zu verhüten. Letzteres bestehe darin, daß man glaube, die Emanzipation der Slaven würde zur russischen Oberherrschaft führen. Allein Skobeleff versichert, je freier die adriatischen Slaven würden, desto größer werde ihr Unterschied vom russischen Typus.

Im Weitern sprach Skobeleff keinen besondern (!) Haß gegen Deutschland aus, sondern nur sein tiefes Mißvergnügen über die Gleichgiltigkeit der deutschen Regierung hinsichtlich der Uebertretung des Berliner Vertrages Seitens Oesterreichs. Deutschland solle sich nicht über Rußlands angebliche Schwächung durch den letzten Orientkrieg täuschen. Rußland zähle 80 Millionen Menschen, und die Unzufriedenheit, welche durch die Halbheit der Resultate des Balkanfeldzuges entstand, würde durch einen neuen Feldzug zur Befreiung der bedrückten Slaven geheilt werden. Deutschland könne überdies Rußland nicht angreifen, ohne sich selbst einem französischen Angriff auszusetzen. (B. Tgbl.)

Provinzielles

Stettin, 22. Februar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten machte zunächst der Vorsitzende Mittheilung, daß von Herrn Uhrmacher Max Schmidt ein Schreiben eingegangen ist, in welchem derselbe die Versammlung in Kenntniß setzt, daß unterm 30. Januar von ihm an die Bau-Deputation ein Schreiben, betreffend die Reparatur der Uhr an dem Jakobikirchthurm gelangt ist und zugleich anfrägt, ob das Schreiben von der Bau-Deputation zur Kenntniß der Versammlung gebracht ist. Da Herr Schmidt nur eine Antwort auf seine Frage beansprucht, so erklärt der Vorsitzende Herr Dr. Wolff, daß eine solche Antwort nicht direkt erfolgt sei, daß wohl aber die Andeutung des Herrn Baurath in letzter Sitzung auf dies Schreiben Bezug hat, welcher andeutete, daß mehrere Schreiben in der Sache eingegangen seien.

Ein weiteres Schreiben ist von Herrn Dr. Rühl, dem Vorsitzenden des Stettiner Turnvereins eingegangen; dasselbe bezieht sich auf ein Zeitungs-Referat über die letzte Stadtv.-Sitzung und läßt sich deshalb die Versammlung auf ein näheres Eingehen auf dasselbe nicht ein, um so weniger als Herr Dr. Rühl demnächst noch wird Gelegenheit haben, seine Ansichten bei den Berathungen mit dem Magistrat auszusprechen.

Demnächst referirt Herr Dr. Meyer über die Vorlage betreffend die Errichtung von öffentlichen Bedürfniß-Anstalten für Frauen. Redner kommt gleich zu Anfang von diesem Gegenstand ab und beschäftigt sich nur noch mit dem ministeriellen Beschluß, betreffend das Verbot des Anschlusses der Klosets an die die Kanalisation. Er meint, daß dieser Beschluß hemmend für die ganze Entwickelung der Stadt wirken müsse. Redner will sich noch weiter über diesen Gegenstand auslassen, wird jedoch von dem Vorsitzenden unterbrochen, weil dieser Gegenstand nicht zur Berathung steht. Herr Dr. Meyer wendet sich dann mit der Frage an den Magistrat, welche Stellung derselbe zu dem ministeriellen Beschlusse einzunehmen gedenkt. Als darauf keine Auskunft erfolgt, stellt der Referent den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, auf dem Wege der Beschwerde bei dem Ministerium dahin zu wirken, daß das Verbot des Anschlusses der Klosets aufgehoben wird event. der Anschluß für die öffentlichen Bedürfniß-Anstalten gestattet wird. — Nachdem Herr Graßmann gegen diesen Antrag das Wort ergriffen, wird derselbe einstimmig abgelehnt, dagegen wird die Vorlage des Magistrats angenommen, welche empfiehlt, daß nicht von der Stadt die Errichtung von öffentlichen Bedürfniß-Anstalten vorgenommen wird, sondern die Errichtung an einen Privat-Unternehmer vergeben wird.

Zu den Wasser- und Gasleitungsanlagen auf dem Viktoriaplatz werden 1100 Mk. und 640 Mk. bewilligt. Herr Domke hatte beantragt, die 640 Mark für die Gasleitung einstweilen noch nicht zu bewilligen, dieser Antrag wurde jedoch nach kurzer Debatte abgelehnt.

Von den verschiedenen Vereinen, welche ihre Vergnügungen in der alten Liedertafel (Succow's Saal) abhalten, ist das Gesuch eingegangen, einige Nachtlaternen auf dem Hauptwege der Anlagen von der Königsthor-Passage bis zur Gustav-Adolphstraße einzurichten. Auf Antrag des Magistrats beschließt die Versammlung, diesem Gesuch nachzukommen und bewilligt 171 Mk. jährlich an Unterhaltungskosten für 5 Nachtlaternen. — Dem Ankauf des reichsfiskalischen Theiles des Redoutenplateaus am Brünnkenstrom in Größe von 14 à 70 Qm. für 94,40 Mark wird zugestimmt.

Nachdem jahrelang zwischen dem Reichsfiskus und der Stadt Verhandlungen wegen Erwerbung des reichsfiskalischen Straßen-Terrains zwischen dem neuen Rathhause und dem Bollwerk geschwebt haben, sind dieselben jetzt endlich zu einem günstigen Abschluß gelangt. Der Reichsfiskus ist auf die von der Stadt vorgeschlagenen Bedingungen eingegangen und hat der Magistrat in Folge dessen eine Vorlage eingebracht, in welcher er beantragt die Erwerbung des Terrains zu genehmigen, dafür den Kaufpreis in Höhe von 100 Mk. zu bewilligen; ebenso die Vertragskosten und die Straßenpflasterungskosten mit 17800 Mk. und schließlich zu beschließen, daß das unbebaute Grundstück zwischen der Post und dem Bollwerk in die Kategorie derjenigen Grundstücke aufzunehmen sei, welche zu der reglementsmäßigen Herstellung des Bürgersteiges herangezogen werden können. — Von dem Bericht über die Prüfung des Kämmerei-Kassen-Revisions-Protokolls vom 18. v. M. wird Kenntniß genommen. — Bei der Revision der Rechnung von den sächlichen Kosten der Polizei-Verwaltung pro 1880 bis 1881 ist die Höhe der Kosten für Untersuchung der Nahrungs- und Genußmittel aufgefallen und beantragt daher der Referent, Herr Dorschfeld, den Magistrat zu ersuchen, sich mit der königlichen Polizei-Behörde zu verständigen, ob es nicht möglich wäre, bei der Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln billigere Sätze zu bedingen. Dieser Antrag wird angenommen. Wegen einiger Monitas, welche die Rechnungs-Abnahme-Kommission gezogen, wird der Magistrat um Auskunft gebeten.

Zum Mitgliede der 14. Armen-Kommission wird der Buchbinder Richard Sieber und zum Mitglied der Gasanstalts-Deputation Herr Kaufmann Herm. Hofrichter gewählt.

Durch einen Beschluß der Versammlung in der Sitzung vom 10. Januar d. J. wurde der Magistrat ersucht, Vorschläge betr. Regulirung der Gustav-Adolph-Straße zu machen. Es ist in Folge dessen von dem Feldmesser Richter ein Gutachten eingeholt worden. Derselbe äußert sich dahin, daß eine definitive Regulirung jetzt nicht auszuführen ist, da die vorschriftsmäßige Breite fehlt. Eine provisorische Pflasterung ist auf 7830 Mk. veranschlagt und hält der Magistrat diese Summe für zu hoch, um nur ein Provisorium herzustellen und schlägt vor, den Weg nur zu bekiesen. Herr Graßmann dagegen schlägt mit Rücksicht auf den schlechten Zustand der Straße vor, ein Trottoir von 1,1 Meter Breite von Sandstein oder Zement herzustellen und den Magistrat um eine darauf bezügliche Vorlage zu ersuchen. Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

Die starke Frequenz der Mädchenschule in Grünhof ist so groß, daß eine Hilfsklasse eingerichtet werden muß und schlägt deshalb der Magistrat vor, in der Nähe der Schule in dem Hause Pölitzerstraße 65 vom 1. April d. J. bis zum 1. Oktober 1883 ein Lokal zu miethen. Diese Vorlage wird angenommen.

Ein ähnlicher Uebelstand liegt in der Ottoschule vor und ist deshalb auch dort die Theilung einer Klasse in Vorschlag gebracht und wird auch von der Versammlung genehmigt und 1200 Mark jährlich als Gehalt für einen Lehrer, 735 Mark Kosten für bauliche Veränderungen rc. der Klassenzimmer und 38 Mark 50 Pf. Heizungskosten pro Jahr bewilligt.

Ebenso werden 500 Mk. an Kosten für die Stellvertretung eines erkrankten Lehrers an der Grünhofschule bewilligt.

Die Versicherung der städtischen Immobilien und Mobilien gegen Feuersgefahr geschah früher bei verschiedenen Versicherungs-Gesellschaften und stellten sich in Folge dessen die Prämien sehr hoch und glaubt der Magistrat, daß sich dieselben billiger stellen würden, wenn eine solide Gesellschaft die Versicherungen übernimmt. Es ist in Folge dessen mit der hiesigen Preußischen National-Versicherungs-Gesellschaft ein Vertrag abgeschlossen worden, nach welchem diese Gesellschaft die Versicherungen allein übernimmt und dafür im Ganzen 6835 Mark Prämie erhält (1800 Mk. weniger als bisher gezahlt wird). Der Vertrag wird seitens der Versammlung genehmigt.

— Der praktische Arzt Dr. med. Quittel zu Stettin ist zum Kreis-Wundarzt des Stadtkreises Stettin und des Kreises Randow ernannt worden.

— Dem Klosterschreiber Weinreich zu Stralsund ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Am Donnerstag findet im Stadttheater das Benefiz unseres Heldentenoristen Herrn Heintze statt und wird Auber's „Stumme von Portici" mit Frl. Zimmermann als Fenella zur Aufführung gelangen. Es steht zu erwarten, daß dem verdienstvollen Benefizianten, der als Mensch wie als Künstler in weitesten Kreisen eine gleich geachtete Stellung einnimmt, die Anerkennung nicht fehlen wird und solche sich in einem gut besuchten Haus dokumentiren wird.

— Für die Bestellung der Postsendungen durch Eilboten treten vom 1. März ab folgende Bestimmungen versuchsweise in Kraft. Bei Vorausbezahlung des Eilbestellgeldes für Sendungen nach Landorten kommt wie bei Telegrammen eine Gebühr von 80 Pf. für Briefe, Postanweisungen und Geldbriefe, dagegen für Packete eine solche von 1 M. 20 Pf. ohne Unterschied der Entfernung zur Erhebung. Für die Eilbestellung im Ortsbezirk der Postanstalten kommt im Fall der Vorausbezahlung die seitherige Gebühr von 25 Pf. für alle Gegenstände außer den Packeten, für letztere der Satz von 40 Pf. zur Anwendung. Ist das Eilbestellgeld nicht im Voraus entrichtet, so hat der Empfänger, wenn er die Sendung annimmt, das volle Botenlohn zu zahlen. Den Eilboten werden Geldbriefe und Werthpackete bis zum angegebenen Werth von 400 M. Postanweisungsbeträge ebenfalls bis zur Höhe von 400 M., mitgegeben. Eilpackete im Gewicht von mehr als 5 Kilogramm werden nur insoweit abgetragen, als die Postanstalt am Bestimmungsort es für angängig erachtet. Bei Vorausbezahlung des Eilbestellgeldes ist unter dem die Eilbestellung verlangenden Vermerk der Zusatz „Bote bezahlt" zu machen.

— In der vorgestrigen General-Versammlung des Stettiner Konsum- und Spar-Vereins e. G. hier fand die Wiederwahl des Herrn Schwedler für den Vorstand, und der Herren Skell, Hoffmann und Bosch für den Aufsichtsrath statt. Aus dem vom Vorstand verlesenen Jahresbericht entnehmen wir Folgendes: Die Mitgliederzahl des Vereins betrug am 1. Januar 1881 3182, im Laufe des Jahres traten hinzu 550, schieden aus 185, verblieb ein Zuwachs von 365, mithin betrug die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1881 3547. — Der Waarenumsatz erreichte im Jahre 1881 die Höhe von 354,987 M., und zwar durch das direkte Geschäft in den 7 Verkaufsstellen: an Mitglieder 326,226 M., an Andere 20,841 M.; durch das Brod-Lieferanten-Geschäft 7920 M. — Der Gewinn aus dem direkten Geschäft betrug 55,565 M. 56 Pf., aus dem Lieferanten-Geschäft 792 M., der Zinsgewinn 7938 M. 63 Pf., der Gesammtgewinn 64,296 M. 19 Pf., sämmtliche Unkosten betrugen 28,579 M. 99 Pf., so daß ein Reingewinn von 35,716 M. 20 Pf. verblieb. Dieser Gewinn gelangt wie folgt zur Vertheilung: Abschreibung 7 Mobilien und Immobilien 1421 M. 6 Pf., desgl. für Kapital-Reserve 1579 M. 60 Pf.; an die Mitglieder: 8 pCt. Dividende pro rata ihres Einkaufes 27,394 M., 5 pCt. Zinsen auf angesparte Guthaben 5321 M. 54 Pf., zusammen 32,715 M. 54 Pf. — Die Bilanz pro ult. Dezember giebt ein klares Bild der günstigen Verhältnisse des Vereins. Der Grundbesitz im Werthe von 157,500 M., abzüglich der darauf lastenden Hypothekenschuld von nur 33,000 M., deckt schon allein die Guthaben der Mitglieder, welche zum größten Theile aus Gewinn- und Zins-Ersparnissen bestehen. Die Kapital-Reserve beträgt 20,913 M. 15 Pf. Der Waarenbestand war im Verhältnisse zum Geschäftsverkehr beständig gering. Es fand ein 8maliger Waarenumsatz im Laufe des Jahres statt, wodurch eine fortwährend nutzbringende Verwendung des Betriebs-Kapitals erzielt wurde.

— Eine Prügelei, die am Abend des 15. Juni v. J. beim Zollkrug bei Alt-Damm stattgefunden, hatte in der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts ein Nachspiel. Drei Knechte aus Plathe, Fr. Wilh. Krüger, Ernst Johann Goetsch und Joh. Karl Radtke, hatten am genannten Abend mit ihrem Fuhrwerk am Zollkrug Rast gemacht und bemerkten bei ihren Waaren einen Mann, den sie für einen Dieb hielten. Anstatt diesen zur Rede zu stellen, vergriffen sie sich an einem ganz Unbetheiligten, dem Schuhmacher Borsch aus Kolbatz, und schlugen mit Bierseideln und Peitschenstöcken auf denselben ein. Auch der Krugwirth Herm. Riemer und dessen Sohn Alwin betheiligten sich an der Mißhandlung, indem sie den B. festhielten, während die Uebrigen auf ihn einhieben. Alle 5 Theilnehmer hatten sich deshalb wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu verantworten und wurde gegen Götsch und Krüger auf je 9 Monate, gegen Radtke auf 3 Monate Gefängniß, gegen Herm. Riemer auf 50 Mk. Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängniß und gegen Alwin R. auf 20 Mk. ev. 4 Tage Gefängniß erkannt.

Im Jahre 1880 hatte der Fischermeister J. Höpfner hierselbst den Matrosen Alb. Louis Aug. Rohde aus Ueckermünde mit dem Einkauf von Fischen beautragt und ihm dazu eine Quatze ausgerüstet und übergeben. R. unternahm mit derselben auch verschiedene Reisen nach Dänemark, ließ sich während derselben jedoch verschiedene Unregelmäßigkeiten gegen seinen Auftraggeber zu Schulden kommen, welche zur Anzeige bei der Behörde gelangten und wegen deren sich nun R. wegen Unterschlagung resp. Betrugs zu verantworten hatte. Im Herbst 1880 hatte er 8000 Plötze eingekauft und pro 100 Stück 5 Oere in Rechnung gestellt, während er in Wahrheit nur 4 Oere dafür verausgabt hatte. Ferner hat er für Lootsengeld und Anschaffung von Geschirr 85 Mk. angerechnet, aber kaum 10 Mk. dafür angelegt. Einen an Bord der Quatze befindlichen Kompaß verkaufte er für 2 Mark und verwendete auch dies Geld ebenso wie die anderen mehrerhobenen Beträge in eigenem Nutzen. Trotz seines Leugnens wurde Rohde für schuldig befunden und zu 6 Monaten Gefängniß und 1 Jahr Ehrverlust verurtheilt.

Schließlich wurde gegen den Arbeiter Ferd. Pankow aus Neu-Codram auf 2 Jahr Gefängniß erkannt. Derselbe hat am 16. Oktober v. J. bei einem Streit dem Arbeiter Aug. Salzwedel einen Messerstich in die linke Seite versetzt, in Folge dessen S. lange Zeit arbeitsunfähig blieb.

— In den nächsten Tagen wird die Glocke der Jakobikirche auch nicht mehr die Stunden anschlagen, da jetzt mit der Reparatur begonnen ist.

Kunst und Literatur.

Theater für heute Stadttheater: „Kyritz-Pyritz." Posse 3 Akten. Hierauf: „Die Najaden." Ballet.

Vermischtes.

— (Bilderstürmer.) Eine ziemlich ähnliche „Skandal-Affaire", wie sie jetzt von dem Maler Jaquet und Alexander Dumas aus Paris berichtet wird, gab auch, noch unter dem strengen Regiment Hinkeldey's, den Berlinern einige Tage herzlich zu lachen. Der bekannte „Säulen-Vater" Ernst Litfaß hatte nämlich einen Lithographen, Namens Jott, beauftragt, sein, des Litfaß, Porträt auf Stein zu zeichnen und dem Besteller fünfzig Abdrücke desselben zu liefern, wofür ihm fünfundzwanzig Thaler als Honorar gezahlt werden sollten. Als der Künstler nach vierzehn Tagen einen Probe-Abdruck des Bildes brachte, besah ihn Litfaß kopfschüttelnd von allen Seiten und sagte dann mit seinem gewöhnlichen Phlegma: „Das bin ich nicht." Die anwesenden Freunde des Säulenvaters, der Dichter Koßarski, Dr. Cohnfeld und Adolf Bahn fanden das Porträt sprechend ähnlich; doch Litfaß blieb bei seinem einmal ausgesprochenen Verdikt: „Das bin ich nicht." Der Lithograph sagte endlich trocken: „Geben Sie mir wenigstens schriftlich, daß das von mir gezeichnete Bild Ihnen nicht ähnlich ist." Ohne ein Wort weiter zu verlieren, schrieb Litfaß über das Bild: „Das soll ich sein? — Das bin ich nicht! Ernst Litfaß." Andern Tages hingen die fünfzig wohlgetroffenen Porträts, jedes mit der Unterschrift: „Hütet Euch vor Denen, die Jott gezeichnet hat!" an eben so vielen Schaufenstern in Berlin aus. Das Publikum sammelte sich in Schaaren vor den Schaufenstern, lachte und machte nach Berliner Art schlechte Witze über den „von Jott Gezeichneten", und Litfaß mußte schließlich auch noch „Jott danken", als ihm derselbe den Stein mit dem Bilde und die fertigen Abdrücke aus den Schaufenstern für — achtzig Thaler überließ.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 21. Februar. Das „Journal officiel" veröffentlicht die Ernennung Mariani's zum Gesandten in München.

Die „Rép. fr." publizirt ferner ein von den englisch-französischen Finanzkontroleuren in Kairo herrührendes, vom 6. d. Mts. datirtes Schriftstück, welches die gegenwärtige Prosperität Egyptens konstatirt, zugleich aber auch auf die stufenweise Herabminderung und Untergrabung der Gewalt des Khedive hinweist. Die Finanzkontroleure Blignières und Colvin erklären, die jetzige Lage acceptiren sei gleichbedeutend mit einer Vernichtung der Aktion der Finanzkontroleure, die vor den von der Kammer und von der Armee abhängigen Ministern ohnmächtig seien, die bis jetzt durchgeführten Reformen würden dadurch gefährdet.

Marseille, 21. Februar. Am verflossenen Sonnabend ist vor dem Hafen von Genua das russische Schiff „Helena", welches mit einer Haferladung von Odessa nach Marseille bestimmt war, in Folge eines heftigen Anstoßes untergegangen. Die Schiffsmannschaft wurde gerettet bis auf einen Matrosen, welcher ertrank.

Petersburg, 21. Februar. Der „Regierungsbote" schreibt: In Folge der von dem General-Adjutanten Skobelew in Paris an ihn besuchende Studenten gehaltenen Rede werden beunruhigende Gerüchte verbreitet, welche jeder Begründung entbehren. Dergleichen private Aeußerungen von Personen, welche seitens der Regierung nicht dazu ermächtigt sind, können natürlich keinen Einfluß auf den allgemeinen Gang unserer äußeren Politik haben, noch unsere guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten ändern, welche sowohl auf den freundschaftlichen Banden der gekrönten Häupter unter sich und dem klaren Verständniß der Interessen der Völker, als auch auf gegenseitiger strenger Erfüllung der bestehenden Verträge begründet sind.

Petersburg, 21. Februar. Das „Journal de St. Petersbourg" reproduzirt das heutige Communiqué des „Regierungs-Anzeigers" über die Rede des Generals Skobelew ohne weiteren Kommentar. — Die deutsche „St. Petersburger Zeitung" wünscht, daß regierungsseitig eine Widerlegung der Aeußerungen des Generals erfolge, will nicht glauben, daß er eine solche Rede gehalten habe, meint, dieselbe sei das Produkt eines exaltirten Journalisten, da es undenkbar sei, daß ein aktiver General-Adjutant solche Reden geführt haben könne. — Der „Herold" druckt die Rede Skobelew's im Wortlaut ab und glaubt, diese Rede bedürfe keines Kommentars, denn sie stellte die ganze geistige Verranntheit des Generals in ihrer ganzen ärmlichen Blöße in traurigster Weise dar. — Die „Neue Zeit" bedauert, wenn Skobelew wegen seiner Rede für Rußland als General verloren gehen sollte.

Bukarest, 20. Februar. Wie der „Romanul" mittheilt, wird die Regierung den Kammern demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen, nach welchem die Armee in 4 Armeekorps, 8 Divisionen und 16 Brigaden eingetheilt werden soll.

In der Deputirtenkammer interpellirte Jonescu die Regierung über die Maßregeln, welche getroffen seien, um die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung zu fördern

Kattaro, 21. Februar. Die Ortsältesten von Ledenize, Drahovaz und den übrigen von Truppen besetzten Ortschaften in der Crivoscie beschlossen, nach Zuze in Montenegro auszuwandern. Wie aus Risano gemeldet wird, rücken die Truppen unaufhaltbar gegen Ubli vor, wo in den nächsten Tagen ein entscheidender Schlag erwartet wird. Nach dem Falle von Ubli dürfte die Unterwerfung der Crivoscianer erfolgen.

Rom, 20. Februar. Anläßlich des vierten Jahrestages seiner Erwählung empfing der Papst heute die Glückwünsche der kirchlichen, sowie der Zivil- und Militär-Würdenträger seines Hofstaates. — Der Gesundheitszustand des Papstes ist ein ziemlich guter.

London, 20. Februar. Wie das „Reuter'sche Bur." aus St. Petersburg zuverlässig erfahren haben will, wurde am Sonnabend der Befehl ertheilt, eine Abtheilung Kosaken mit den nöthigen Offizieren nach Merw zu dirigiren.